Deutscher Bundestag **Drucksache 19/98**

19. Wahlperiode 22.11.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva Schreiber, Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten – Atomwaffen abziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an die Anti-Atomwaffen-Bewegung ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) ist eine Ermutigung für alle Menschen, die sich gegen die anhaltende Bedrohung des Lebens durch Atomwaffen und für ein Atomwaffenverbot einsetzen.

Die aktuelle Eskalation im Verhältnis zwischen Nord-Korea und den USA zeigt, welche Bedrohung Atomwaffen für den Weltfrieden bedeuten. Vor diesem Hintergrund hat die überwältigende Mehrheit der Staaten (122 Länder) mit dem Beschluss der UN-Vollversammlung über den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen vom 7.7.2017 ein deutliches Zeichen für eine nuklearwaffenfreie und friedlichere Welt gesetzt.

Außenpolitisch bekennt sich die Bundesrepublik zu einer Welt ohne Atomwaffen. Sie hat jedoch während des gesamten Prozesses der Ausarbeitung des Vertrags keinerlei Anstrengungen unternommen diesen Prozess zu unterstützen. Sie hat die Vertragsverhandlungen boykottiert, und in der entscheidenden Abstimmung in der UN-Vollversammlung dem Vertrag ihre Zustimmung verweigert. Gleichzeitig unterstützt die Bundesrepublik im Rahmen der atomaren Teilhabe der NATO die Modernisierung der US-Atomwaffen, die noch immer auf ihrem Territorium lagern. Auch die teils im Besitz von E.on und RWE befindliche Firma URENCO macht Geschäfte mit diesen Modernisierungen der US-Nuklearwaffen.

Mit ihrer ablehnenden Haltung zum neuen Atomwaffen-Verbotsvertrag sendet die Bundesrepublik ein falsches Signal, schadet ihrer abrüstungspolitischen Glaubwürdigkeit, und schwächt die Institution der Vereinten Nationen. Der Beitritt zu dem Vertrag, der seit 20. September 2017 zur Unterzeichnung ausliegt, sowie seine anschließende Ratifizierung durch den Bundestag würden hingegen - gerade angesichts der kriegerischen deutschen Vergangenheit – ein Signal an die Weltgemeinschaft sein, dass Deutschland gewillt ist im Kampf gegen Massenvernichtungswaffen und für Abrüstung eine Vorreiterrolle zu übernehmen, und würde damit für andere Länder ein Beispiel setzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Atomwaffenverbotsvertrag umgehend zu unterzeichnen, und ihn zügig dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen;
- danach unverzüglich die Teilnahme der Bundesrepublik an der nuklearen Teilhabe der NATO aufzukündigen und Schritte zum Abzug der US-Atomwaffen vom Territorium der Bundesrepublik einzuleiten.
- im Kontrollgremium über die URENCO (nach dem Vertrag von Almelo) durch Veto dafür zu sorgen, dass jegliche Kollaboration dieser Firma mit dem US-Nuklearwaffen-Modernisierungsprogramm unterbunden wird.

Berlin, den 20. November 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.